

Planunterlage

„Lebensbedrohliche Einsatzlagen“

Nachfolgend ist eine Planunterlage dargestellt, die als Basis für die Erstellung eines Einsatzplanes für die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche auf Ebene der Landkreise, kreisfreien Städte und Städten mit Sonderstatus in Abstimmung mit dem zuständigen Polizeipräsidium dient. Städte mit Sonderstatus müssen sich zusätzlich mit den Landkreisen als Träger des Rettungsdienstes abstimmen. Durch gemeinsame Übungen sind die Umsetzbarkeit zu prüfen und die Einsatzkräfte aus- und fortzubilden.

Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport
Abt. V – Brand- und Katastrophenschutz
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Stand: Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	3
2	Rahmenvorgaben	3
3	Grundlagen.....	4
3.1	Kriterien für Einsatzlagen mit vorrangigen Maßnahmen durch die Polizei.....	4
3.2	Arten und Merkmale von lebensbedrohlichen Einsatzlagen	4
3.3	Einsatzleitungen	4
3.3.1	Einsatzleitung von Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen	4
3.3.2	Einsatzleitung der Polizei.....	5
3.4	Absperrung der Einsatzstelle	6
3.5	Abstände zur Einsatzstelle.....	7
3.6	Sichere Einsatzstelle	7
3.7	Unsichere Einsatzstelle	7
4	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Soziale Medien	8
5	Einsatzablauf	8
5.1	Abstimmung von Einsatzmaßnahmen in der Erstphase.....	8
5.1.1	Notrufeingang und Alarmierung	9
5.1.2	Aufstellungs- / Bereitstellungsraum.....	10
5.2	Feste Führungsstrukturen.....	11
5.2.1	An Ort und Stelle	11
5.3	Weitere Einsatzmaßnahmen und Einsatzaufträge	11
5.4	Maßnahmen an der von der Polizei frei gegebenen Einsatzstelle	13
5.5	Nachforderungen und strategische Reserven nichtpolizeilicher BOS.....	14
6	Verhalten bei Einsätzen mit sich überraschend herausstellender Gewalttatlage.....	14
6.1	Überraschende lebensbedrohliche Einsatzlage durch bewaffneten Gewalttäter	14
6.2	Angriff auf Einsatzkräfte.....	16
7	Vorbereitende Maßnahmen	17
7.1	Einsatzvorbereitung	17
7.2	Schutz der eigenen Einrichtungen	19

Anlage 1: Gemeinsam nutzbare Funkrufgruppen

Anlage 2: Grundaussagen und Leitsätze der Polizei

1 Vorwort

Nach Eingang einer Erstmeldung lassen sich die geschilderten Ereignisse nur selten einem bestimmten Einsatzanlass oder Einsatzstichwort konkret zuordnen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn emotionalisierte Erstmeldungen von Betroffenen oder Zeugen Hinweise auf Gewaltanwendungen mittels gefährlicher Gegenstände, Schusswaffen oder Sprengmitteln beinhalten und es bereits zu schwerwiegenden Verletzungen oder Tötungen gekommen ist oder diese zu befürchten sind.

Unabhängig von der eindeutigen Zuordnung ergeben sich aufgrund der gesetzlichen Aufträge und Regelungen für die polizeilichen und nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) Handlungserfordernisse, die mit einer hohen Eigengefährdung verbunden sein können.

Um in der Anfangsphase solcher Lagen den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen einen sachgerechten Einstieg in die Einsatzbewältigung zu gewährleisten, wurde die vorliegende Planunterlage unter Beteiligung der Polizei erstellt.

2 Rahmenvorgaben

Die Planunterlage ist für Einsatzkräfte, Einheiten und Einrichtungen des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen (nachfolgend als **nichtpolizeiliche BOS** bezeichnet) bei den Einsatzlagen anzuwenden, die von der Polizei als „**lebensbedrohliche Einsatzlagen im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttättern**“ eingestuft werden.

Im Kontext zur Planunterlage verwendet die Polizei das **Einsatzstichwort**:

„Lebensbedrohliche Einsatzlage“.

Wichtig für alle am Einsatz beteiligten Einsatzkräfte ist die frühzeitige gegenseitige Information zwischen Polizei und den nichtpolizeilichen Einrichtungen, wie der Zentralen Leitstelle (ZLSt), den Einsatzleitungen, Einheiten und Einsatzkräften, über das Vorliegen oder den Verdacht von lebensbedrohlichen Einsatzlagen.

Auf Gefahren, die sich aus der bei der Feuerwehr allgemein anerkannten Matrix für die Gefahrenbewertung (AAAACEEEEE) ergeben, wird in diesem Einsatzplan nicht eingegangen. Sie werden als bekannt vorausgesetzt. Weiter haben die geltenden Dienstvorschriften Bestand, insbesondere die Feuerwehr-Dienstvorschrift 500 „Einheiten im ABC-Einsatz“ und die Katastrophenschutz-Dienstvorschrift 510 HE „Gefahrstoffnachweis und Notfallprobenahme im Katastrophenschutz des Landes Hessen“ bei den verwendeten Gefahrstoffen (ABC) und Kampfstoffen.

Vielmehr sind mögliche Gewalteinwirkungen gegen Kräfte der nichtpolizeilichen BOS oder Gefahren aus unterschiedlichen Tathandlungen bei der Lagebeurteilung zu berücksichtigen und geeignete Maßnahmen zur Eigensicherung (Polizei) bzw. Eigenschutz (nichtpolizeiliche BOS) zu treffen.

3 Grundlagen

3.1 Kriterien für Einsatzlagen mit vorrangigen Maßnahmen durch die Polizei

Einsätze, bei denen der Verdacht auf eine lebensbedrohliche Einsatzlage besteht und von der Polizei durchzuführende Maßnahmen vorrangig sind, werden von der Handlungskonzeption „Sofortmaßnahmen bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttättern“ VS-Nur für den Dienstgebrauch des HLKA vom 20.10.2016 erfasst.

3.2 Arten und Merkmale von lebensbedrohlichen Einsatzlagen

Lebensbedrohliche Einsatzlagen sind Gewalttaten, die sich gezielt gegen Menschen richten und eine hohe Anzahl von Verletzten und Tote zum Ziel haben können. Dabei unterscheiden die Täter nicht zwischen Einsatzkräften und der Bevölkerung.

3.3 Einsatzleitungen

3.3.1 Einsatzleitung von Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen

Die Zuständigkeiten und Befugnisse der Einsatzleitung Rettungsdienst (EL RD) nach § 7 des HRDG, der technischen Einsatzleitung (TEL) nach den §§ 41 und 42 des HBKG, der Gesamteinsatzleitung (GEL) nach den §§ 20 und 21 des HBKG bleiben durch die besondere Situation der lebensbedrohlichen Einsatzlagen unberührt.

Hinweise:

- Es sollte nicht von den durch das HRDG und HBKG vorgegebenen Strukturen abgewichen werden, die bei sonstigen Einsatzlagen zur Anwendung kommen. Jede Abweichung von „üblichen“ und „gewohnten“ Strukturen führt in Stresssituationen zu einer höheren Fehlerquote.
- Bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen mit einem größeren Eskalationsmaß und Schadensausmaß sowie mit einem größeren Umfang an Einheiten des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes sowie der Hilfsorganisationen sollte möglichst frühzeitig in den Landkreisen die TEL durch den Brandschutzaufsichtsdienst und in den kreisfreien Städten und Städten mit Sonderstatus von einem entsprechenden Leitungsdienst der Feuerwehr übernommen werden.
- Parallel sollte die Einberufung der Verstärkung für die ZLSt, der Führungsstab (FüSt) des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt und in den Landkreisen zusätzlich der FüSt der betroffenen Kommunen geregelt werden.
- Zu beachten zur TEL: In Sonderstatusstädten muss sich der Brandschutzaufsichtsdienst des Landkreises mit dem Leitungsdienst der Feuerwehr der Sonderstatusstadt abstimmen. Er kann den Landkreis als Träger des Rettungsdienstes als Ansprechpartner oder Abschnittsleiter in der TEL vertreten, er kann jedoch nicht die TEL ohne Einwilligung des Leitungsdienstes übernehmen.
- Zu beachten zum FüSt: Ist der FüSt des Landkreises eingerichtet und sind mehrere Kommunen betroffen, so ist diese auch für die Sonderstatusstadt zuständig.

3.3.2 Einsatzleitung der Polizei

Die lebensbedrohliche Einsatzlage wird in der ersten Phase durch den jeweils örtlich zuständigen Polizeiführer vom Dienst (PvD) im Polizeipräsidium (PP) geführt (Phase 1). In Abstimmung mit einem Beamten des höheren Dienstes (h. D.) der Abteilung Einsatz wird eine „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) mit Führungsstab im örtlich zuständigen PP bzw. in der zuständigen Behörde für Sonderlagen eingerichtet (Phase 2). Der Gesamteinsatz wird grundsätzlich in der Phase 2 von einem dafür vorgesehenen Polizeiführer h. D. (mit Führungsorgan Führungsstab oder Führungsgruppe) vom PvD übernommen und geleitet.

An der Einsatzstelle wird vom Pvd zunächst aus den zuerst eintreffenden Kräften ein „Einsatzleiter Ort“ (ELO) bestimmt. Im Fortgang des Einsatzes wird ein Einsatzabschnitt (EA) „Gefahren-/Schadensort bzw. Tatobjekt“, mindestens unter der Leitung eines Revierleiters oder Leiters der Spezialeinheiten oder - sofern möglich - unter Leitung eines Polizeivollzugsbeamten h. D. eingerichtet. Mit der Bildung von Einsatzabschnitten entfällt auch die Funktion des ELO und es werden EA-Leitungen eingesetzt. Diese sind grundsätzlich nicht dafür vorgesehen, alle Absprachen mit der an Ort und Stelle befindlichen Einsatzleitung von nichtpolizeilichen BOS zu treffen.

Zur Gewährleistung eines abgestimmten Vorgehens haben sich die Einsatzkräfte gegenseitig zu informieren. Unmittelbar nach Bekanntwerden einer lebensbedrohlichen Einsatzlage erfolgt eine gegenseitige Verbindungsaufnahme durch die Polizei mit der zuständigen zentralen Leitstelle (ZLSt.). Dafür wird - so frühzeitig dies den BOS personell möglich ist - seitens der Polizei eine qualifizierte Einsatzkraft als Verbindungskraft (VK) der an Ort und Stelle befindlichen Einsatzleitung bzw. dem FüSt der ZLSt (je nach Absprache) zur Verfügung gestellt. Seitens der nichtpolizeilichen BOS ist unter den o. g. Voraussetzungen eine qualifizierte VK in den FüSt der Polizei zu entsenden.

Die Polizei wird bei einer lebensbedrohlichen Einsatzlage zunächst ihre Einsatzkräfte (Funkwagen) aus den Revieren, Stationen und weiteren Organisationseinheiten zusammenziehen und dem jeweiligen Einsatzabschnitt zuweisen. Somit ist eine schnelle Verfügbarkeit von vielen Streifen in der Anfangsphase nicht gewährleistet. Eine polizeiliche BAO, wie auch die nichtpolizeiliche Führungsorganisation, benötigt Zeit für den Aufbau einer festen vollumfänglichen Führungsstruktur und ist nicht bereits zu Beginn des Einsatzes verfügbar.

Die Polizei orientiert sich bei ihrem Vorgehen an ihrem gesetzlichen Auftrag. Näheres zum arbeitsteiligen Vorgehen und der polizeilichen Einsatzphilosophie ist der Anlage 2 zu entnehmen.

3.4 Absperrung der Einsatzstelle

Bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen wird die Absperrung der Einsatzstelle immer von der Polizei vorgenommen. Solange die Polizei die Einsatzstelle nicht freigegeben hat, sollten die nichtpolizeilichen BOS an den jeweiligen Aufstellörtlichkeiten bzw. den Bereitstellungsräumen verbleiben.

3.5 Abstände zur Einsatzstelle

Sollten keine Abstände im Rahmen der einschlägigen Vorschriften und Leitfäden festgelegt oder seitens der polizeilichen Einsatzleitung vorgegeben worden sein, sind diese von der TEL, möglichst im Benehmen mit der Polizei, zu vereinbaren.

Bei Verdacht oder bestätigter Verwendung von Gefahrstoffen (z. B. Sprengmittel, Gase) sind die Abstände von der TEL bzw. den Aufstellungsörtlichkeiten der Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen zur Einsatzstelle entsprechend groß zu wählen.¹

Darüber hinaus sind gefahrenträchtige Erkenntnisse auch bei der Wahl der Anfahrtswege für die Einsatzkräfte zu berücksichtigen.

Die Errichtung der TEL und die Aufstellungsorte der Kräfte der nichtpolizeilichen BOS haben grundsätzlich außerhalb der Sichtweite zur Einsatzstelle zu erfolgen.

3.6 Sichere Einsatzstelle

Die Einsatzkräfte gehen ihren Aufgaben und Einsatzaufträgen nach, ohne dass sie mit einer Lebensbedrohung durch besondere Gefahren rechnen müssen. Absperrbereiche zur Spurensicherung sind zu beachten.

3.7 Unsichere Einsatzstelle

Polizei und Rettungskräfte stehen bei einer als unsicher bewerteten Einsatzstelle im Spannungsfeld zwischen der schnellstmöglichen Rettung von Verletzten mit lebensgefährlichen Verletzungen aus dem Einwirkungsbereich von Tätern und der Vermeidung eigener schwererer oder gar tödlicher Verletzungen.

Selbst wenn die Gewalttaten zunächst beendet zu sein scheinen, bestehen unter Umständen weitere Gefahren für die Einsatzkräfte. Diese können sich z. B. durch bislang nicht bekannte weitere Gewalttäter, Sprengfallen, explodierte Spreng- und Brandsätze, Bombenreste, ungesicherte Schusswaffen, Reste von Gefahrstoffen (ABC) oder Kampfstoffen, ergeben.

Nichtpolizeiliche Einsatzkräfte betreten den abgesperrten Bereich grundsätzlich nur in Abstimmung mit der Einsatzleitung der Polizei in eigener Verantwortung.

¹ Es ist mit der Polizei abzustimmen und in den Einsatzplan aufzunehmen, ob ein Einsatzmittel zunächst zur Erkundung die Einsatzstelle unter Nichtberücksichtigung der Abstände anfährt.

Rettungsmaßnahmen an unsicheren Einsatzstellen bedürfen immer einer besonderen Abstimmung zwischen Polizei und Rettungskräften. Bei gänzlich unsicheren Einsatzstellen, z.B. wenn sich noch Gewalttäter im Gebäude bzw. Gelände befinden, müssen ggf. Verletzte durch die Polizei, auch über einen längeren Zeitraum, aus der Gefahrenzone herausgebracht und an einem gesicherten Ort dem Rettungsdienst übergeben werden.

Werden Einsatzstellen durch Rettungskräfte betreten, gilt der Grundsatz, sich so kurz wie möglich aufzuhalten – ggf. ist die medizinische Erstversorgung von Patienten nur auf das allernotwendigste zu beschränken und dann der Bereich der Einsatzstelle sofort wieder zu verlassen - „**load and go**“!

4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Soziale Medien

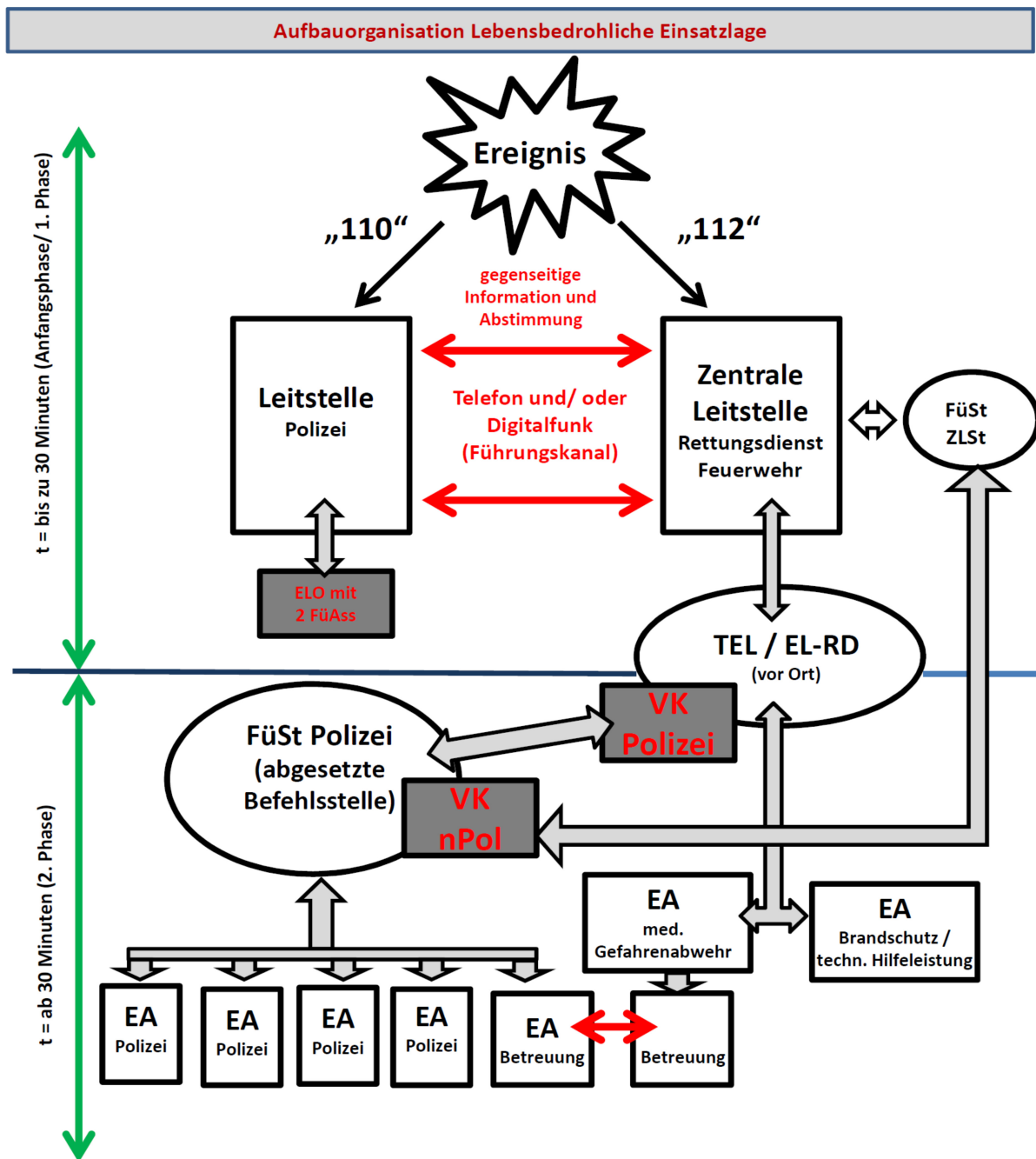
Auskünfte an Pressevertreterinnen und –vertreter während einer noch andauernden lebensbedrohlichen Einsatzlage sind grundsätzlich der Polizeiführung vorbehalten. Etwaige Auskünfte von nichtpolizeilichen BOS sowie die Nutzung Sozialer Medien die Lage betreffend, sind zwingend mit der Polizei im Vorfeld abzustimmen. Im Sinne einer kongruenten Außen-darstellung ist auf ein gemeinsam abgestimmtes Wording besonderer Wert zu legen.

5 Einsatzablauf

5.1 Abstimmung von Einsatzmaßnahmen in der Erstphase

Bereits beim Verdacht einer lebensbedrohlichen Einsatzlage haben sich Polizei und die nichtpolizeilichen BOS frühzeitig gegenseitig über diesen Sachverhalt zu informieren. Gerade in der Erstphase ist für die gegenseitige Information das Kriterium „**frühzeitig**“ höher als das Kriterium „**gesichert**“ zu bewerten! Dass sich im weiteren Einsatzverlauf die Lage (rasch) ändern kann, ist einzukalkulieren.

5.1.1 Notrufeingang und Alarmierung



Einsatzleiter Ort (ELO): Begrifflichkeit nur in der Anfangsphase (1. Phase), danach wechselt die Funktion/ Bezeichnung

- Anfangsphase/ 1. Phase: ELO – Ansprechpartner für RD & FW vor Eintreffen TEL / EL- RD über die Leitstellen
- 2. Phase: Kontakt zum FüSt der Polizei über VK Polizei in TEL / EL-RD und über VK nPol im FüSt Polizei
- gemeinsame Schnittmenge im EA Betreuung

(erstellt und entwickelt: PP Südhessen, E 34/ GA BS/ GA WI)

Nach Eingang des Notrufes bei der Leitstelle der Polizei oder einer Polizeistation wird bei der Anforderung von nichtpolizeilichen Einsatzkräften bei der für den Landkreis oder die kreisfreie Stadt zuständigen Zentralen Leitstellen (ZLSt) für den Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst sofort ein Hinweis auf den Verdacht oder eine bestätigte lebensbedrohliche Einsatzlage gegeben.

Ergibt sich durch den eingehenden Notruf bei der ZLSt aus dem Meldebild eine mögliche lebensbedrohliche Einsatzlage, so meldet sie dies ebenfalls umgehend der zuständigen polizeilichen Leitstelle.

Um ohne Zeitverlust durch Wählvorgänge beim Telefonieren oder bei Überlastung oder Ausfall des Telefonnetzes, weil z.B. zeitgleich eine Vielzahl von Notrufen erfolgt, schnell gegenseitig Kontakt aufnehmen zu können, sind gemeinsam nutzbare Kommunikationswege abzustimmen. Wenn möglich, sind Funkrufgruppen (Anlage 1) vorzusehen und zu schalten. Um den Informations- und Abstimmungsweg in der Anfangsphase zwischen der polizeilichen und nichtpolizeilichen Einsatzleitung zu verkürzen, kann optional die nichtpolizeiliche Einsatzleitung zusätzlich zur regulären Betriebsgruppe diese besonders vereinbarte Funkrufgruppe schalten.

In der Anfangsphase informieren sich die zuständige ZLSt und die polizeiliche Leitstelle über Veränderungen der Einsatzlage und tauschen lagerelevante Informationen aus. Mit Übernahme der Gesamteinsatzleitung durch einen Polizeiführer mit FüSt bzw. Führungsgruppe erfolgt der Informationsaustausch über die jeweilige VK der Polizei mit der VK der nichtpolizeilichen BOS.

5.1.2 Aufstellungs- / Bereitstellungsraum

Eine landkreis- bzw. stadtweite Einsatzvorbereitung mit festgelegten Aufstellungs- und Bereitstellungsräumen - auch für andere Großschadenslagen oder MANV-Konzepte - kann je nach geografischer Struktur sinnvoll sein. Festgelegte Bereitstellungsräume haben den Vorteil, dass Einsatzkräfte bekannte und geeignete Orte anfahren können.

Durch Nutzung mehrerer Bereitstellungsräume (Ringbereitstellung) und Aufteilung der Einsatzkräfte, kann das Risiko minimiert werden, dass durch eine weitere Gewalttat, z.B. durch den flüchtenden Gewalttäter oder Zweit- und Mehrfachanschläge, alle Einsatzkräfte einsatzunfähig oder gebunden werden. Dem steht entgegen, dass an Ort und Stelle die Erlangung einer Übersicht über die Einsatzkräfte, die Strukturierung sowie die Führung der Einheiten für die Einsatzleitung schwieriger wird.

Ein ggf. erforderlicher Schutz der Bereitstellungsräume ist im Rahmen der Einsatzvorbereitung mit der Polizei abzustimmen.

5.2 Feste Führungsstrukturen

Im weiteren Einsatzverlauf werden sich durch An- und Nachrücken sowie Zusammenziehen von Einsatzkräften sowohl bei der Polizei als auch bei den nichtpolizeilichen BOS die üblichen festen Führungsstrukturen aufgrund bestehender Rechtsgrundlagen aufbauen. Zu Beginn einer Einsatzlage wird nicht jede Führungsfunktion adäquat besetzt sein.

Wie schnell feste Führungsstrukturen aufgebaut sind, hängt im Wesentlichen von der jeweiligen Kräfteverfügbarkeit ab.

5.2.1 An Ort und Stelle

Während sich an Ort und Stelle die EL RD bzw. TEL um ein Führungsfahrzeug - im Regelfall um einen Einsatzleitwagen 1 oder 2 (ELW 1 oder ELW 2) - herum aufbaut, wird seitens der Polizei durch den Pvd für die Lage an Ort und Stelle ein ELO bestimmt und im Fortgang Einsatzabschnitte gebildet.

Die Polizei entsendet frühzeitig eine VK zur EL RD bzw. TEL. Diese Funktion selbst hat jedoch keine Weisungs- und Entscheidungsbefugnisse, sondern wird ausschließlich beim Informationsaustausch und der Abstimmung der Einsatzmaßnahmen unterstützend tätig. Zeitgleich ist durch den EL RD bzw. der TEL eine VK der Feuerwehr / Rettungsdienste für die Polizei vorzusehen.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt muss die EL RD in den Landkreisen die TEL des Landkreises bzw. in den kreisfreien Städten und Städten mit Sonderstatus eine vergleichbare Führungseinheit anfordern².

5.3 Weitere Einsatzmaßnahmen und Einsatzaufträge

Ein erstes Führungsgespräch der TEL ist direkt über die VK mit der Einsatzleitung der Polizei zu führen, um daraus weitere Einsatzmaßnahmen und Einsatzaufträge ableiten und abstimmen zu können. Ersatzweise kann dieses Führungsgespräch auf der Ebene der jeweiligen FüSt erfolgen. Folgende Punkte sollten soweit wie möglich Inhalt sein:

² Ab diesem Umfang werden die zu bewältigenden Führungsaufgaben so umfangreich, dass weitere Führungskräfte und -assistenten zur Aufgabenverteilung und ggf. eine Einsatzabschnittsbildung erforderlich werden. Aufgrund der Komplexität werden in den Landkreisen in den meisten Fällen die durch Feuerwehren von kreisangehörigen Kommunen gebildete TEL überfordert sein. Deshalb sollte gleich die TEL des Landkreises bzw. der Brandschutzaufsichtsdienst des Landkreises nachalarmiert werden. Hinzu kommt, dass der Landkreis Träger des Rettungsdienstes ist.

Die örtliche Feuerwehr sollte im erforderlichen Umfang mitalarmiert und zumindest eine Führungskraft in die TEL aufgenommen werden – schon aus Gründen der Ortskenntnis!

Ggf. ist auch rettungsdienstlich der Einsatz hoch einzustufen, z.B. MANV ...)

- Informationen über die Einsatzlage und das Schadensausmaß
- Einsatzlage räumlich statisch oder dynamisch
- Bekannte Anzahl von betroffenen und verletzten Personen
- Art und Merkmale der Gewalttat
- Mit welchen besonderen Gefahren und Gewalteinwirkungen auf die Einsatzkräfte durch den Täter ist zu rechnen
- Einschätzung der Gefahr für Einsatzkräfte und die Bevölkerung aus polizeilicher Sicht
- Sicherheit des momentanen Standortes (z.B. der Bereitstellungsräume); ausreichend oder Verlegung erforderlich
- Gibt es Hinweise zur Eigensicherung von der Polizei für die nichtpolizeilichen BOS
- Täterbeschreibung
- Gesicherte Anfahrtswege für nachrückende Einheiten
- Gesperrte Bereiche und Sicherheitsradius
- Existieren ungesicherte Bereiche, z. B. durch Schussfeld, nicht entschärfte Sprengsätze, Sprengmittelverunreinigung oder Gefahrstoffe (ABC) und Kampfstoffe sowie zum (vermuteten) Aufenthaltsort des Gewalttäters
- Bei gesperrter Einsatzstelle: Ort der Verletztenübergabe von Polizei an Rettungsdienst im laufenden Einsatz
- Anfahrt mit Sondersignal möglich oder Abschalten ab einer bestimmten Entfernung
- Warnung der Bevölkerung, ggf. nach Festlegung des Sprachgebrauchs über elektronische Warnsysteme.

Die Informationen können je nach Zeitpunkt noch lückenhaft, widersprüchlich und/oder auch falsch sein.

Wichtige Informationen zu Gefahren und Hinweise zum Eigenschutz sind allen an Ort und Stelle befindlichen und anrückenden nichtpolizeilichen Einsatzkräften zunächst durch die TEL, später durch die ZLSt mitzuteilen.

Das Nachrücken von weiteren nichtpolizeilichen Einsatzkräften darf nur auf Anforderung und Weisung des Einsatzleiters oder der ZLSt erfolgen. Einschränkungen in Bezug auf den Anfahrtsweg müssen den nachrückenden Einsatzkräften bekannt sein.

Zur weiteren Einsatzplanung sind vom FüSt des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt oder von der TEL über die VK mit dem FüSt der Polizei abzusprechen und, sofern erforderlich, festzulegen:

- Aufstellungsort des Führungsfahrzeuges der TEL (Kommandowagen, Einsatzleitwagen 1 oder Einsatzleitwagen 2)
- Aufbauort eines Behandlungsplatzes mit weiteren Plätzen, wie Rettungsmittel-Halteplatz etc. und der notwendigen Verkehrsführung
- Anfahrt und Bereitstellungsraum für besondere Einsatzmittel, z.B. Schwerlastfahrzeuge, Messfahrzeuge
- Räumung von umliegenden Gebäuden
- Auffangen, Erfassung, Unterbringung und Verpflegung - getrennt von den Einsatzkräften bzw. betroffenen Personen - in geeigneten Gebäuden, wie z.B. in Stadthallen, Turnhallen
- Strukturelle Eingliederung des Einsatzabschnittes Betreuung der Polizei
- Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)
- Unterbringung und Verpflegung von Einsatzkräften
- Zurverfügungstellung von mitgeführten Feuerwehrplänen als Gebäudepläne zur besseren Objektkunde an die VP der Polizei durch die Feuerwehr und ggf. von als Datei elektronisch abgelegten Feuerwehrplänen an den FuL bzw. den FüSt der Polizei durch die ZLSt bzw. FüSt des Landkreises
- Unterstützungsmöglichkeit zur Anforderung von Energieversorgern, Wasserwerken, besonderen Geräten etc. durch die ZLSt und den dort hinterlegten Telefonnummern
- Angebot von Sondereinsatzmitteln und -einheiten, z.B. Gefahrstoffmessgruppe, Analytische Task Force, besonderes Werkzeug
- Erfordernis von weiteren Behörden und Bundeswehr
- Welche weiteren Maßnahmen plant die Polizei, die nichtpolizeiliche BOS betreffen können – dazu gehören auch Knallgeräusche, Effekte und Ereignisse, die zu Angstreaktionen bei den Einsatzkräften führen können.

5.4 Maßnahmen an der von der Polizei frei gegebenen Einsatzstelle

Erst wenn die Polizei die Einsatzstelle oder Teilbereiche frei gibt, gehen nichtpolizeiliche BOS ihren Aufgaben im abgesperrten Bereich nach. Abweichend hiervon werden abgesperrte Bereiche nur nach Absprache mit der Einsatzleitung der Polizei und in eigener Verantwortung betreten.

5.5 Nachforderungen und strategische Reserven nichtpolizeilicher BOS

Reichen die eigenen Einheiten und Einsatzkräfte nicht aus, so ist nachzufordern. Diese müssen in die bestehende Führungsorganisation eingebunden werden. Dazu sind ggf. vorher neue Einsatzabschnitte und neue Bereitstellungsräume zu planen.

Sollten Einheiten und Einsatzkräfte aus benachbarten Landkreisen und kreisfreien Städten angefordert werden müssen, so erfolgt dies nach den üblichen Einsatzplänen. Die Einsatzkräfte sind vor dem Ausrücken über die lebensbedrohliche Einsatzlage an der Einsatzstelle, über Eigenschutzmaßnahmen, über besondere Anfahrtswege und besondere Verhaltensweisen, z.B. Fahrt ohne Sondersignal, zu informieren. Spätestens im Bereitstellungsraum sind sie in die zu treffenden Eigenschutzmaßnahmen zu unterweisen. Fahren die Einheiten die Einsatzstelle direkt an, so erfolgt die Unterweisung an der Absperrgrenze der Polizei bzw. an der inneren Absperrgrenze.

Sollte zu erwarten sein, dass der Einsatz länger andauert, ist an die übliche Logistik mit Einsatzverpflegung und -getränke sowie Personalwechsel zu denken. Der Personalwechsel ist mit dem FüSt der Polizei abzusprechen, damit das neue Personal die möglicherweise durch die Polizei errichteten Zufahrtssperren zum Einsatzgebiet passieren kann³.

Die gleiche Verfahrensweise wird an den Zufahrtssperren auftreten, wenn dienstfreie Kräfte der Berufsfeuerwehr und des Rettungsdienstes zur Besetzung ihrer Feuer- und Rettungswachen mit Privatfahrzeugen unterwegs sind. Auch hier ist im Vorfeld Kontakt mit den jeweiligen Verantwortlichen im PP aufzunehmen. Im Einsatzfall soll über die VK der Polizei im FüSt der ZLSt Kontakt hergestellt werden.

6 Verhalten bei Einsätzen mit sich überraschend herausstellender Gewalttatlage

6.1 Überraschende lebensbedrohliche Einsatzlage durch bewaffneten Gewalttäter

Wenn im Vorfeld über eine möglicherweise vorliegende Einsatzlage mit einem Gewalttäter durch eingehende Notrufe nichts bekannt geworden ist, können Einsatzkräfte des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und ggf. des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen in eine gefährliche Situation geraten. Wenn sie dies feststellen, gilt es den Grundsatz umzusetzen:

Schnellstmöglichen Rückzug unter Eigenschutz antreten.

³ Es ist nicht sinnvoll, das Personal mit Privatfahrzeugen das Einsatzgebiet einfahren zu lassen. Besser ist es, dass sich das Personal auf den Feuer- und Rettungswachen, in den Feuerwehrhäusern und Unterkünften trifft, um dann mit einem Dienstfahrzeug, z.B. Mannschaftstransportfahrzeug, das Einsatzgebiet und in die Bereitstellungsräume einzufahren.

Das bedeutet keine Einsatzmaßnahmen zu beginnen bzw. begonnene Einsatzmaßnahmen sofort abubrechen – auch die Menschenrettung.

Der Schutz des eigenen Lebens geht vor!

Danach müssen die Einsatzkräfte sofort Rückmeldung an die ZLSt geben, die ggf. ihrerseits sofort weitere, noch anfahrende Einheiten warnt und die Meldung der polizeilichen Leitstelle weitergibt.

Eine mögliche lebensbedrohliche Einsatzlage kann man erkennen an:

- Unübliches Verhalten und Aussehen von Personen
 - Ø Flüchtende Personen
 - Ø Sich in Deckung bringende und versteckende Personen
 - Ø Dem anfahrenden Einsatzmittel zurufende und mit „Stopp-Zeichen“ winkende Personen
 - Ø Mehrere, ortsuntypisch ähnlich oder einheitlich gekleidete Personen
 - Ø Maskierte und verummte Personen
 - Ø Wild gestikulierende und schreiende Personen, ggf. in einer fremden Sprache
 - Ø Personen mit Steinen oder anderen Wurfgeschossen in der Hand
 - Ø Personen mit Schusswaffe im Anschlag
 - Ø Personen mit dicker Weste und/oder dickem Gürtel (durch Sprengstoffweste und/oder -gürtel)
 - Ø Mehrere verletzte Personen, ggf. mit für den Alltag ungewöhnlichen Verletzungsmustern (z.B. Verbrennungen, Schussverletzungen, Stich- und Schnittverletzungen, Verletzungen durch Explosionsdruckwelle)
 - Ø Mehrere Personen mit Husten, Übelkeit, Erbrechen, verstärktem Speichel- und Tränenfluss, Sehstörungen, Atemnot und Krampfsymptomen
- Ortsunübliche Erscheinungsbilder
 - Ø Beschädigte oder zerstörte Gebäude (durch Explosionen)
 - Ø Zersplitterte Fensterscheiben
 - Ø Zerstörte Fahrzeuge (Zerstörungsbild nicht durch Unfall)
 - Ø Löcher in Fahrzeuge, Fensterscheiben, Gebäudewände von Einschüssen oder Splittern
 - Ø Löcher im Erdboden und lose Erde (durch Sprengmittelexplosionen)

- Ø Herumliegende Munition und Patronenhülsen
 - Ø Flüssigkeitslachen, ggf. mit ungewöhnlicher Farbe und Geruch (von Gefahrstoffen oder Kampfstoffen)
 - Ø Rauch, farbige Wolken
 - Ø Fahnen mit Symbolen politischer oder religiöser Bedeutung
- Geräusche
- Ø Einzelne Knallgeräusche mit Druckwelle (einer Explosionen)
 - Ø Aufeinanderfolgende Knallgeräusche (durch Schusswaffen)
 - Ø Zischen und Pfeifen (durch ausströmendes Gas oder pyrotechnischen Gegenständen)
- Geruch
- Ø Ortsuntypischer Geruch
 - Ø Geruch nach Lösemitteln oder nach Knoblauch, Schnittlauch, faules Heu, Senf, Fisch, Bittermandel (durch Kampfstoffe)

6.2 Angriff auf Einsatzkräfte

Sollte es zu unmittelbarem Kontakt mit bewaffneten Gewalttätern kommen, sind, soweit möglich, folgende Verhaltensgrundsätze zu beachten:

- Sich selbst zurückziehen, flüchten oder verstecken und jede Konfrontation vermeiden
- Bild- oder Videoaufzeichnung mit Handy oder anderem Medium fertigen und zeitnah an die TEL bzw. Polizei übermitteln
- Wenn keine Aufzeichnungsmöglichkeit zur Verfügung steht: Auf Gesicht, Kleidung und besondere Merkmale für eine spätere Täterbeschreibung achten

Außerhalb des Gefährdungsbereichs sind sofort alle anderen Einsatzkräfte zu warnen. Umgehend ist Rückmeldung an die ZLSt zu machen, die sofort die weiteren über Funk warnt und die Rückmeldung an die polizeiliche Leitstelle weitergibt. Anschließend ist ggf. im sicheren Bereich an Ort und Stelle zu verbleiben, um einen Treffpunkt mit Einsatzkräften der Polizei abzustimmen und diese einzuweisen.

7 Vorbereitende Maßnahmen

Nachfolgend wird eine Auswahl von vorbereitenden Maßnahmen aufgeführt, die zur Erstellung von besonderen Einsatzplänen und zur Einsatzvorbereitung im Sachzusammenhang herangezogen werden können. Nicht alle Maßnahmen werden auf jede Art und jedes Merkmal von Gewalttaten anzuwenden sein.

Vor der Durchführung von Einsatzvorbereitungen ist Kontakt mit dem zuständigen PP aufzunehmen, um genaue Lageinformationen und deren polizeiliche Bewertung zu erhalten sowie um besondere Maßnahmen der Einsatzvorbereitung mit der Polizei abzustimmen. Dabei ist auch abzustimmen, ob die Informationen intern bleiben und ggf. zu treffende Vorbereitungen mit Außenwirkung wegen der Gefahr der Beunruhigung der Bevölkerung unterbleiben sollten.

7.1 Einsatzvorbereitung

Folgende Punkte sind zusätzlich im Rahmen der Erstellung eines Einsatzplanes für die Einsatzvorbereitung von Bedeutung:

- Rettungsdienst
 - Ø Auswahl des Einsatzstichwortes und ggf. Hinweis auf Bereitstellung in der Rettungswache
- Feuerwehr
 - Ø Auswahl des Einsatzstichwortes und ggf. Hinweis auf Bereitstellung in der Feuerwache oder im Feuerwehrhaus
- Katastrophenschutz-Einheiten und Hilfsorganisationen
 - Ø Auswahl geeigneter Einheiten und Organisationen und ggf. Hinweis auf Bereitstellung in der Unterkunft
- Bereitstellungsräume und Anfahrtswege
 - Ø Vorplanung und Festlegung
- Unterbringungsmöglichkeiten und Verpflegung betroffener Bevölkerung
 - Ø Vorplanung und Erkundung des Zugangsberechtigten (Schlüsselinhabers)
 - Ø Vorplanung von Transportkapazitäten, z.B. ÖPNV, Busunternehmen

- Stäbe und Stabspersonal
 - Ø Vorinformation und/oder Herstellung der Bereitschaft der Mitglieder der EL RD, der TEL, des FüSt und des Verwaltungsstabes der FüSt und des Katastrophenschutzstabes
 - Ø Überprüfung der personellen und technischen Einsatzbereitschaft der o.g. Stäbe
- Zentrale Leitstelle (ZLSt)
 - Ø Überprüfung der personellen und technischen Einsatzbereitschaft der o.g. Leitstellenverstärkung, Lagedienstführer, Personal der IuK-Zentrale
- Krankenhäuser
 - Ø Verständigung, Personalbereitschaft sicherstellen, Personalverstärkung und weitere Maßnahmen nach Krankenhaus-Alarmplan
- Information an
 - Ø Brandschutzaufsichtsdienst (BSAD) über das Lagezentrum der Hessischen Landesregierung gemäß Erlass „Benachrichtigung des Brandschutzaufsichtsdienstes des Landes Hessen bei Einsätzen, Schadensereignissen und Gefahrenlagen“
 - Ø Landrat, Oberbürgermeister, Pressestelle
 - Ø Brandschutzaufsichtsdienst des Landkreises bzw. des entsprechenden Leitungsdienst der Feuerwehr in den kreisfreien Städten und Städten mit Sonderstatus
 - Ø Der für die Gesamteinsatzleitung zuständigen Stelle der betroffenen Gemeinde, weitere Behörden, Dienststellen und Fachabteilungen
 - Ø Gas-, Strom- und Trinkwasserversorger, Telekommunikation
- Briefing
 - Ø Einweisung der Führungskräfte, ggf. aller Einsatzkräfte nichtpolizeilichen BOS und die zu ergreifenden (Eigen-) Schutzmaßnahmen
- Debriefing
 - Ø Mit Einsatzkräften, die aus einem Einsatz zurückkommen, sollte direkt ein Einsatzabschluss (Demobilization) durchgeführt werden, bei dem vor allem Informationen über das Einsatzgeschehen und über mögliche Stressreaktionen im Vordergrund stehen.

- Ø Diese Veranstaltung sollte hauptsächlich psychoedukativen Charakter haben und richtet sich nur an die Einsatzkräfte, die nach ihrem Einsatz aus dem Dienst ausgelöst werden, zur Vermeidung von posttraumatischen Belastungssyndromen (PTBS)⁴

7.2 Schutz der eigenen Einrichtungen

Für den Fall, dass auch bauliche Einrichtungen der öffentlichen Gefahrenabwehr als Ziel von Gewalttaten in Frage kommen, kann der Schutz der Feuer- und Rettungswachen, Feuerwehrhäuser und Unterkünfte durch folgende Maßnahmen erhöht werden:

– Zutritt

- Ø Den freien Zutritt zum Gebäude und Gelände verhindern
- Ø Keine Türöffner ohne Kontrolle der eintretenden Personen benutzen
- Ø Nur bekannte Personen und notwendige Besucher in das Gebäude und auf das Gelände lassen
- Ø Die Besucher sollten angemeldet sein und sind am Eingang abzuholen
- Ø Unbekannte Personen sind zu kontrollieren, insbesondere den Inhalt von Koffern und Taschen sollte man sich zeigen lassen
- Ø Die Rechtmäßigkeit des Besuchs von nicht angemeldeten Handwerkern und Wartungspersonal ist durch Anruf beim Auftraggeber zu überprüfen, z.B. Liegenschaftsverwaltung, Gebäudemanagement

– Türen und Fenster

- Ø Türen und Fenster sind geschlossen halten, dabei auch auf Kellerfenster und Licht- und Lüftungsschächte achten
- Ø Der freien Einblick von außen in Räume ist durch Herablassen von Jalousien oder Zuziehen von Gardinen zu verhindern, insbesondere abends und nachts
- Ø Ggf. sind Türen und Fenster zum Schutz der Scheiben gegen Einschlagen, Bewurf mit Steinen und Molotow-Cocktails mit Holz zu verbauen

– Gelände

- Ø Löcher in Außenzäunen sind zu verschließen
- Ø Das Gelände und Umfeld ist soweit als möglich zu beleuchten, dunkle Ecken sind zu vermeiden

⁴ Für Führungs- und Einsatzkräfte können funktionsbezogene Einsatzkarten mit den wichtigsten Hinweisen aus dem Einsatzplan erstellt werden.

- Ø Mögliche Verstecke für Sprengsätze sind vermeiden, z.B. herumstehende Müllbehälter
 - Ø Auf dem Gelände auf ungewöhnliche Gegenstände achten, z.B. einzelne Päckchen, Koffer, Geräte, unbekannte abgestellte Fahrzeug
 - Ø Ggf. ist der Schutz vor Übersteigen der Außenzäune und -mauern zu erhöhen, z.B. durch Stacheldraht
 - Ø Ggf. ist ein Schutz gegen Beschuss durch Sandsäcke herzustellen
- Umfeld
- Ø Auf außergewöhnliche Vorkommnisse im Umfeld achten
 - Ø Unbekannte Personen, die sich ungewöhnlich häufig oder längere Zeit im Umfeld aufhalten
 - Ø Längere Zeit im Fahrzeug sitzende Personen
 - Ø Unmittelbar vor der Feuer- und Rettungswache, dem Feuerwehrhaus und der Unterkunft sowie in deren Aus- und Zufahrten exponiert geparkte Fahrzeuge
 - Ø Neu eingerichtete Baustellen, deren Rechtmäßigkeit ist durch Anruf beim Auftraggeber zu überprüfen, z.B. Liegenschaftsverwaltung, Straßenlastträger
 - Ø Personen auf Dächern und Balkonen von Nachbargebäuden
 - Ø Ggf. ist eine Sperrung der Straße mit massiver Straßensperre vor der Feuer- und Rettungswache, dem Feuerwehrhäuser oder Unterkunft mit der Verkehrsbehörde abzustimmen
- Evakuierungsplan
- Ø Aufstellung eines Plans zur schnellen Evakuierung der Einsatzkräfte und Mitarbeiter sowie der wichtigsten Einsatzmittel für den Fall einer Bedrohung von außen, z.B. Bombendrohung⁵

⁵ In die eingeleiteten Maßnahmen, über die erforderliche erhöhte Aufmerksamkeit jeder Person sowie über den Evakuierungsplan sind alle in den Feuer- und Rettungswachen, Feuerwehrhäusern und Unterkünften tätigen Einsatzkräfte und Mitarbeiter zu unterweisen.